

DIE LINKE.

| KONTAKT

INFORMATIONSBLETT DES KREISVERBANDES EICHSFELD



AUSGABE APRIL 2016

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser.

Nachdem ich letzten Monat über die Landtagswahlen berichtet habe, habe ich den Fokus diesen Monat nochmal auf diese gelegt bzw. auf aktuelle Diskussionen in der Partei. Auch der Fall des Jan Böhmermann, der mittlerweile zur Staatsaffäre mutiert, findet Erwähnung. Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal für eine Teilnahme an der Demonstration in Hannover am 23. April gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP werben. Bei Interesse meldet Euch telefonisch oder persönlich in der Geschäftsstelle, der Kreisverband organisiert Hin- und Rückfahrt.

Kritik oder eigene Vorschläge für Beiträge könnt Ihr wie immer im Büro in Heiligenstadt einreichen oder mir einfach eine e-Mail an lucas.bode1993@yahoo.de schicken.

Nun wünsche ich Euch viel Spaß beim Lesen!

Lucas Bode

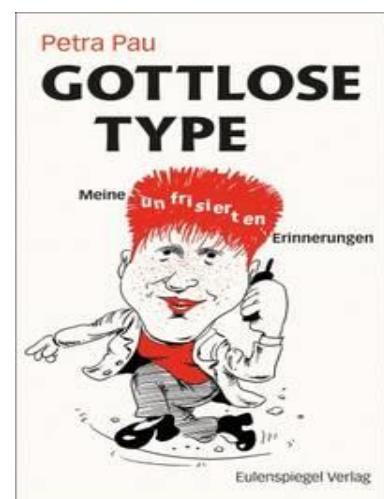
Sigrid Hupach lädt zu einer öffentlichen Buchlesung und Diskussion mit Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages ein.

Lesung und Diskussion

Buchlesung mit:

Petra Pau (DIE LINKE, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages) und ihrem 2015 beim Eulenspiegelverlag erschienenen Buch „Gottlose Type: Meine unfrisierten Erinnerungen“

Termin: 2. Mai 2016 um 19.00 Uhr
Ort der Veranstaltung: 3K Theaterwerkstatt
99974 Mühlhausen Unter der Linde 7



Richtungsstreit und Konfrontationen nach dem Debakel der Landtagswahlen

Zusätzlich zum letzten Kontakt habe ich einen Bericht zu den Landtagswahlen erstellt, in dem ich diese thematisierte und mich mit möglichen Folgen für unsere Partei beschäftigt. Bereits dort zeigten sich erste öffentliche Auseinandersetzungen zwischen Parteimitgliedern: Parteichefin Katja Kipping kritisierte die Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht ungewöhnlich scharf und bezeichnete die Aussagen Wagenknechts als „AfD-light“ (AfD-nah, Anm. d. Red.) Wagenknecht hatte zuvor ohne Rücksprache mit der Fraktion von „Kapazitätsgrenzen“ bei der Aufnahmebereitschaft von Flüchtlingen in der Bevölkerung gesprochen.

Die Situation hat sich mittlerweile verschärft. Sahra Wagenknecht äußerte sich bestürzt über die Vorwürfe: "Ich finde es wirklich beleidigend, ich sei zu nah an der AfD. (...) Ausgerechnet in der Linkspartei Leute zu suchen und zu finden, die der AfD nah sind, ist nun wirklich so was von absurd - und das sollte auch niemand aus unserer eigenen Partei bedienen." Kurz zuvor veröffentlichte der linke Parteiflügel einen Brief an Wagenknecht, in dem verschiedene Anhänger sie baten, ihre Position zu überdenken, da sie an „rechtspopulistische Argumentationsmuster“ erinnern. Auch wenn ich persönlich die Aussagen von Sahra Wagenknecht, in Anbetracht der Tatsache, dass sie nicht mit der Fraktion abgestimmt waren, für unklug halte, halte ich es für ebenso unklug, ihr die Schuld für das Wahldebakel zuzuschreiben, wie das gerade teilweise geschieht.



Fraktionschefin Wagenknecht in der Kritik (Foto: dpa)

Bodo Ramelow kritisierte Wagenknecht ebenso, machte jedoch auf das Dilemma aufmerksam, dass die Partei keine klare Strategie in der Flüchtlingskrise verfolgt und empfiehlt eine inhaltliche Neuausrichtung. "Meine Partei muss für sich entscheiden. Welche Lösungsangebote wollen wir für diese Gesellschaft unterbreiten? Da wünsche ich mir mehr Profil von meiner Partei. Es hilft nichts, wenn wir uns daran festhalten, dass wir viele Konzepte haben, sondern wir müssen auch ganz klar sagen, worauf wir uns konzentrieren." Er fordert, dass die Partei „endlich die Ängste der Menschen“ ernst nehmen und sich mit ihnen auseinandersetzen muss, anstelle sie zu bekämpfen. Ich stimme Ramelows Forderung nach einer inhaltlichen Neuausrichtung zu. Unsere bisherigen Parteiziele, wie die Fluchtursachen zu bekämpfen, Waffenexporte zu verbieten und die Fluchtländer finanziell zu unterstützen sind zweifelsohne und vor allem langfristig richtig und der einzige vernünftige Weg. Allerdings fehlt es an kurzfristigen Lösungen, die von Nöten sind, wenn in einer sehr kurzen Zeit hunderttausende Flüchtlinge Schutz in Europa suchen – und diese Situation auch linken Wählern Angst bereitet.

Ich wünsche mir deshalb, dass sich unsere Partei bemüht, Streitigkeiten möglichst intern und nicht in der Öffentlichkeit zu klären. Sie muss versuchen eine Linie zu entwickeln, die weite Wählerschichten anspricht, ohne dabei eigene Prinzipien über Bord zu werfen und gleichzeitig eine Alternative zur Regierungspolitik in Berlin bilden.

Jan Korte über die Entscheidung Merkels zum Fall Böhmermann

"Heute hat sich Kanzlerin Merkel für ihren Abschiebepartner Erdogan und gegen die grundgesetzlich garantierte Kunstfreiheit entschieden. Damit verletzt sie ihren Amtseid und beschädigt die Demokratie. Wo es die originäre Pflicht der politischen Führung der Bundesrepublik gewesen wäre, hinter dem Grundgesetz und den darin garantierten Freiheiten zu stehen, ist die schwarz-rote Bundesregierung eingeknickt", erklärt Jan Korte, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Korte weiter:

"Wer auf diese Art und Weise mit dem Grundgesetz umgeht, der setzt es der Beliebigkeit aus. Der Verweis auf Staatsanwaltschaften und Gerichte, die nun das letzte Wort haben sollen, offenbart die ganze Heruntergekommenheit dieser Bundesregierung. Wer seine politische Verantwortung ernst nimmt, der wälzt sie nicht auf Gerichte ab. Jahrelang haben CDU und CSU die Türkei kritisiert und sich gegen einen EU-Beitritt gewehrt: Teils mit richtiger Kritik am Umgang mit Menschenrechten, teils unter Bedienung chauvinistischer Vorurteile. Heute machen sie gemeinsame Sache mit Erdogan und opfern dem eigenen politischen Interesse sowohl die Menschenrechte von Geflüchteten als auch die Kunstfreiheit in unserem Land. Dass eine von Gabriel geführte SPD diese Entscheidung toleriert, wundert mittlerweile niemanden mehr. Die Kanzlerin und die Regierungskoalition fallen mit dieser Entscheidung übrigens auch den mutigen türkischen Richtern und Oppositionellen in den Rücken, die ihre Verfassung, unter anderem eben auch die durch diese geschützte Kunstfreiheit, vor dem Machtstreben Erdogans verteidigen."



ZDF Moderator Jan Böhmermann (Foto: Twitter)

ZDF-Moderator Jan Böhmermann steht seit einigen Wochen unter heftigem öffentlichen Druck, nachdem er in seiner Sendung „neo-magazin royale“ in einem umstrittenen Gedicht die Grenzen der Satire aufzeigen wollte, dabei allerdings hart gegen den türkischen Präsidenten Erdogan austeilte – unter der Gürtellinie. Der türkische Präsident verurteilte das Gedicht scharf und forderte daraufhin die Bundesregierung zur Strafverfolgung Böhmermanns auf. Dabei beruft er sich auf den Paragraphen 103 im Strafgesetzbuch, der die „Beleidigung von Organen oder Vertretern ausländischer Staaten“ mit bis zu 5 Jahren Haft bestrafen kann. Pikant dabei ist, dass die Ausführung des Paragraphen 103 die explizite Zustimmung der Bundesregierung bedarf – und diese erteilte Merkel.

Böhmermanns „Schmähgedicht“ war eine Reaktion auf die Forderung des türkischen Präsidenten Erdogans, einen Satirebeitrag aus der Sendung „extra3“, der sich auf ihn bezog, aus dem Internet zu löschen.

Kurz notiert:

Gregor Gysi möchte wieder eine stärkere Rolle in der Bundestagsfraktion und beklagt sich in einem Brief an die Vorsitzenden Wagenknecht und Bartsch: „Seit dem Wechsel im Fraktionsvorsitz habe ich kein einziges Mal mehr im Bundestag gesprochen“. Er fordert nun mehr Kompetenzen zurück, die er zuvor an Wagenknecht und Bartsch abgegeben hatte. Wie sich die Situation weiter entwickelt bleibt spannend: sollte die Fraktion Gysis Forderungen nicht nachkommen, überlegt er bereits, nicht noch einmal für den Bundestag zu kandidieren.

Termine für April und Mai

23.04.2016	12:00 Uhr	Demo gegen TTIP in Hannover
01.05.2016	10:00 Uhr	Veranstaltung zum „Tag der Arbeit“, Leinefelde, Zentraler Platz bei der Obereichsfeldhalle
02.05.2016	19:00 Uhr	Buchlesung mit Petra Pau in Mühlhausen, 3K Theater, Unter der Linde 7
03.05.2016	17:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung, Geschäftsstelle Heiligenstadt
08.05.2016	11:00 Uhr	Gedenkveranstaltung zum 71. Jahrestag der Befreiung, Heiligenstadt, sowjetischer Friedhof
18.05.2016	10:00 Uhr	Koordinierungsrunde in Heiligenstadt, Geschäftsstelle DIE Linke

Herausgeber:	DIE LINKE. Eichsfeld	KONTO:
DIE LINKE. Eichsfeld	<u>Geschäftsstelle</u>	Kreissparkasse
www.die-linke-eichsfeld.de	Marktplatz 6/7	Eichsfeld
rgeschaeftsstelle@die-linke-eichsfeld.de	37308 Heilbad Heiligenstadt	IBAN: DE12 8205
sigrid.hupach@bundestag.de	Tel. 03606 613552	7070 0260 0016 00
	Fax 608761	BIC: HELADEF1EIC
	<u>Abgeordnetenbüro</u>	
	Marktplatz 6/7	
	37308 Heiligenstadt	
	Tel. 03606/6099671	
	Fax 6099672	

v.i.S.d.P.: Lucas Bode